Gewalt in Tripolis

UN-Sonderberaterin verurteilt erste schwere Gefechte seit 2020

Tripolis – Die UN-Sonderberaterin für Libyen hat sich „empört“ gezeigt über den neuen Ausbruch der Gewalt in dem Bürgerkriegsland. Dabei seien Frauen und Kinder bei einer Hochzeitsfeier getötet und verletzt worden, schrieb Stephanie Williams bei Twitter. „Diese Kämpfe müssen aufhören!“ Der willkürliche Waffeneinsatz in stark bewohnten, städtischen Gegenden ohne Schutz von Zivilisten sei ein schwerer Verstoß gegen humanitäres Völkerrecht, erklärte Williams.

In Libyens Hauptstadt Tripolis war es am Donnerstagabend und am Freitag erstmals seit rund zwei Jahren wieder zu größeren Gefechten gekommen. Dabei wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums mindestens 16 Menschen getötet und mehr als 50 verletzt. Unter den Todesopfern waren dem Sprecher der örtlichen Rettungsdienste zufolge mindestens sechs Zivilisten.

Es handelt sich um die schwersten Gefechte seit dem Sommer 2020 und den ersten größeren Bruch der landesweiten Waffenruhe in Libyen seit Inkrafttreten im Oktober desselben Jahres. Am Samstag war die Lage in Tripolis zunächst ruhig. Auch der vorübergehend eingestellte Luftverkehr am Flughafen wurde dort wieder aufgenommen. In der Küstenstadt Misrata kam es auch am Samstag vorübergehend zu Gefechten, darunter mit Ex-Innenminister Fathi Baschagha verbündete Milizen. Diesen hatte das Parlament im Osten in einem umstrittenen Schritt zum Regierungschef des Landes gewählt. Zugleich beanspruchet Ministerpräsident Abdul Hamid Dbaiba im Land die Macht, der sein Amt eigentlich nach einer Wahl im Dezember hätte abgeben sollen. Die Wahl platzte – ob und wann sie nachgeholt wird, ist unklar.

Das ölreiche Land in Nordafrika ist nach dem Sturz von Langzeitmachthaber Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 in einen Bürgerkrieg versunken. Bis heute ringen dabei zahlreiche Milizen und politische Lager um Macht und Einfluss. Mehrere ausländische Staaten, darunter die Türkei und Russland, sind an dem Konflikt beteiligt. Alle Initiativen, den Konflikt beizulegen, blieben bisher erfolglos. Leidtragende sind vor allem die Libyer. 1,3 Millionen Menschen sind nach UN-Angaben auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele Familien haben keinen oder nur sehr schlechten Zugang zu medizinischer Versorgung, Lebensmitteln, Trinkwasser oder Bildung. Die Arbeitslosenquote liegt laut Weltbank bei rund 20 Prozent, bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sogar bei schätzungsweise 50 Prozent. sz

Die unverdauliche Rechte

Alle Umfragen sagen für Italiens Parlamentswahl im Herbst den Sieg einer harten, nationalpopulistischen Front voraus. Silvio Berlusconi wäre dabei noch die gemäßigtste Kraft – doch er gibt längst nicht mehr den Ton an

VON OLIVER MEILER

Rom – Italiens Rechte, so hat es den Anschein, wähnt sich bereits als Wahlsiegerin. Gedopt von den Umfragen, bestärkt auch vom üblichen Chaos im linken Lager. So schnell geht das: Mario Draghis Sturz ist erst ein paar Tage her, doch Italiens Politik fühlt sich so an, als wären Lichtjahre vergangen. Der Wahlkampf läuft schon, es bleibt ja auch nicht mehr viel Zeit. Am 25. September wählen die Italiener ein neues Parlament, ein halbes Jahr vor dem eigentlichen Ende der Legislaturperiode. Und wenn die Welt mit einiger Sorge nach Rom schaut, dann gibt es dafür einige gute Gründe.

Bewahrheitet sich nämlich die Prognose der Demoskopen, bekommt Italien eine rechte Regierungsmehrheit, wie es sie im westlichen Europa seit dem Krieg noch nicht gegeben hat: sehr, sehr rechts, mit starkem nationalpopulistischen Antrieb.

Was wäre wohl im Ausland los, wenn eine politische Erbin des Faschismus regieren würde?

In Italien nennt sich das Lager aus den Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia „Centrodestra“: von „Zentrum“ und „rechts“, Mitte-Rechts also. Das mag es vielleicht einmal gewesen sein, damals, als Silvio Berlusconi 1994 die Lega Nord und die Faschisten aus der politischen Isolation holte, um es mit ihrer Hilfe an die Macht zu schaffen. Solange Berlusconi der Chef des Bündnisses war, der *Padrone* mit doppelt oder dreimal so vielen Wählern wie die anderen Parteien, da ließ sich der Begriff des „Centrodestra“ einigermaßen rechtfertigen, obschon der Cavaliere ja auch nicht gerade ein herkömmlicher konservativer Politiker war.

Nun aber hat sich die Hackordnung umgekehrt. Das „Centro“ ist schwer geschrumpft, der alte Chef ist faktisch nur noch Juniorpartner, während die harte „Destra“ die Allianz anführt. Forza Italia steht in den Umfragen bei zehn Prozent, die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvini bei 14 Prozent und die postfaschistischen Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni bei 23 Prozent.

Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei, wird nicht müde, Berlusconi und seinen Freund Antonio Tajani, den früheren Präsidenten des Europaparlaments und Nummer zwei von Forza Italia, als Garanten für eine gemäßigte, liberale und europafreundliche Regierung in Rom zu beschwören. Aber man darf sich schon fragen, wie sich diese Überzeugung mit den neuen Kräfteverhältnissen in der italienischen Rechten verträgt. Weber fand sogar, Tajani sei der Mann der EVP für die römische Regierungsspitze. Als Wahldritter?

Drei, die gemeinsam gewinnen könnten, von rechts: Silvio Berlusconi, Giorgia Meloni und Matteo Salvini. FOTO: GUGLIELMO MANGIAPANE/ REUTERS

Tatsächlich ist die Frage nach dem nächsten Premier Italiens eine zentrale. Forza Italia und Lega wollen offenbar verhindern, dass Giorgia Meloni nach dem Amt greift: zu unerfahren, zu aufgeregt, ideologisch zu belastet. Was wäre wohl im Ausland los, wenn eine politische Erbin des Faschismus Italien regieren würde? Meloni behauptet, sie werde zu Unrecht auf die Geschichte des Faschismus reduziert. Aber so richtig distanzieren mochte sie sich noch nie.

Meloni will sich nicht um die Früchte ihres Aufstiegs bringen lassen. Sie sei bereit zu regieren, sagte sie jetzt der Zeitung *La Stampa*. „Wer die Wahlen gewinnt, zieht in den Palazzo Chigi ein.“ So heißt der Sitz des italienischen Ministerpräsidenten in Rom. Aber natürlich weiß sie um den Blick von außen. Und so betonte Meloni bei der Gelegenheit, mit ihr an der Macht werde sich die außenpolitische Linie Italiens nicht ändern, die bleibe gleich wie unter Draghi – in der transatlantischen und europäischen Tradition auch im Bezug auf die Ukraine, die Waffenlieferungen an Kiew, die Sanktionen gegen Russlands Machtige. Ob Lega und Forza Italia es auch so sehen, ist allerdings nicht so sicher.

Berlusconi ist schon wieder auf allen Kanälen, auch er wie elektrisiert

Überhaupt versucht Meloni, sich möglichst moderat zu geben, seit sie in den Umfragen so hoch gestiegen ist – regierungstauglich, verdaulich. Manches wirkt forciert. Die Europäische Union? Möchte sie von „innen heraus“ verändern, wie Marine Le Pen, ihr Pendant in Frankreich – was das auch immer heißen mag. Ihre Ideen etwa zur Familie, zur Immigration und zum Islam sind fest verankert in der rechtsidentitären, erzkatholischen Gedankenwelt. Besonders wohl fühlt sie sich in Gesellschaft des ungarischen Premiers Viktor Orbán und auf Veranstaltungen von Vox, der rechtsextremen Partei Spaniens. Den Wahlkampf geht sie sachte an, mit wenigen Versprechen, sie kann es sich leisten.

Salvini dagegen, ihr interner Rivale, ist schon aufgedreht. Bei einem Auftritt in Domodossola am Wochenende skizzierte er „die ersten hundert Tage der rechten Regierung“: Steueramnestie, Flat Tax, null Migranten in den Straßen, Sicherheit in den Städten – das seien die absoluten Dringlichkeiten. Er trug kurze Hosen, Turnschuhe, den Bart hat er sich abrasiert, ein eingelöster Wetteinsatz. Offenbar will er wieder Innenminister werden, mindestens. Denn eigentlich ist Salvini überzeugt, dass am Ende die Lega vor den Fratelli d'Italia liegen wird. „Wer eine Stimme mehr gewinnt, stellt den Premier“, sagte er, und das werde nun mal die Lega sein.

Auch Berlusconi ist schon wieder auf allen Kanälen, auch er wie elektrisiert. Die Mindestrenten? Würde er verdoppeln, sagt er: auf tausend Euro, dreizehn Mal im Jahr. Berlusconi hat schon immer unvernünftig viel versprochen, viele Italiener glaubten ihm. Er will in den Senat zurück, dahin, wo sie ihn vor einigen Jahren nach seiner Verurteilung wegen Steuerbetrugs rausgeworfen hatten – als Revanche. *La Repubblica* behauptet, Salvini habe ihm den Vorsitz des Senats versprochen, wenn er mithelfe, Draghi zu stürzen. Dann habe man Berlusconi das Telefon aus der Hand genommen, damit ihn niemand zur Räson bringen konnte. Er ist 85 Jahre alt. Als Garant für Mäßigung war er noch nie eine sonderlich gelungene Besetzung. Und daran wird sich auch nichts mehr ändern.

Wer ist hier der Königsmörder?

Liz Truss fliegt die Liebe der Boulevardmedien zu – für den Wahlkampf ist das zentral

London – Das britische Außenministerium veröffentlichte am Wochenende ein Statement auf Twitter mit einem Foto seiner Chefin Liz Truss. Sie schaut sehr besorgt auf dem Bild. Dazu wird sie mit den Worten zitiert, sie habe heute mit der französischen Außenministerin Catherine Colonna über die „extrem frustrierenden Verspätungen“ am Hafen von Dover und am Tunnel-Terminal in Folkestone gesprochen. Sie habe dabei „klar“ festgestellt, „dass die französischen Behörden nicht genug Leute an der Grenze postiert haben“, und: „Wir erwarten, dass mehr getan wird, um diese schreckliche Situation für Reisende, darunter Familien, zu lösen.“ Vor der besorgten Truss liegt ein aufgeschlagener Ordner, bei dem offenbar übersehen wurde, dass die Blätter leer sind.

An der Grenze zwischen England und Frankreich haben sich am Wochenende, an dem in vielen britischen Schulen die Ferien begannen, lange Staus gebildet, in diversen Radiosendungen berichteten erschöpfte und verärgerte Urlauber von sieben Stunden oder mehr Wartezeit. Schuld daran ist, jedenfalls aus Sicht von Truss und vieler anderer Tories, Frankreich. Frankreich müsse seine Kapazitäten an solchen Wochenenden erhöhen, schließlich sei ja klar, dass nach dem Brexit aufwendigere Passkontrollen durchzuführen seien. Der französische Verkehrsminister Clément Beaune ließ sich daraufhin in französischen Medien zitieren, man habe „alles getan, um mehr Personal zu mobilisieren“. Allerdings, fügte er lapidar an: „Frankreich ist nicht verantwortlich für den Brexit.“

Unter dem Beitrag des Außenministeriums schrieben die Twitter-Nutzer zahlreiche Kommentare, wobei ein beträchtlicher Teil eher der Rhetorik des französischen Verkehrsministers folgte als der von Liz Truss. „Schwer zu sagen, ob sie verblendet sind oder unehrlich“, schrieb einer, gemeint waren damit Truss und ihre Kolleginnen und Kollegen in der britischen Regierung. „Seufz. Wann geben sie endlich zu, dass der Brexit ein Problem ist“, schrieb ein anderer.

Liz Truss dürfte das wenig interessieren. Bis zum 2. September hat sie nur eine Zielgruppe: die rund 175 000 Tory-Mitglieder, die bis dahin entscheiden, ob sie die nächste Premierministerin wird oder ihr Gegenkandidat Rishi Sunak. Und die Parteimitglieder lesen eher *Daily Mail* und *Daily Telegraph* als Twitter.

Die britischen Medien spielen in der britischen Politik traditionell eine weitaus aktivere Rolle als die des distanzierten Zuschauers und Berichterstatters. Vor allem die Zeitungen entscheiden sich oft für eine Seite, gerade im Wahlkampf ist es üblich, eine Partei offen zu unterstützen. Auch persönlich gibt es durchaus fragwürdige Verbindungen zwischen Journalisten und Regierungsvertretern. James Forsyth etwa, Politikchef des *Spectator* und Kolumnist der *Times*, beschrieb kürzlich in der *Times* in einem großen Stück, warum Rishi Sunak eher als „Thatcherite“ gesehen werden könne und daher der richtige Mann für das Amt des Premierministers sei.

Die „Daily Mail“ sieht eine undemokratische Verschwörung, die Johnson zu Fall brachte

Forsyth begründete seine Sicht unter anderem damit, dass er Sunak kenne, seit er ein Teenager sei. Das kann man so sagen: Forsyth und Sunak waren gemeinsam in Winchester im Internat, beide sind jeweils Paten der Kinder des anderen. Sunak war Trauzeuge für Forsyth, als dieser 2011 Allegra Stratton heiratete – die wiederum später von Boris Johnson als Medienchefin eingestellt wurde (und wieder hinausgeworfen, nachdem ein Video geleakt worden war, in dem sie recht offen über Lockdown-Partys in Downing Street spricht).

Wenn die Tories nun einen neuen Parteichef und Premierminister suchen, ist es nicht unwichtig, für wen sich die Zeitungen entscheiden, wobei insbesondere *Mail* und *Telegraph* für die Tory-Basis eine große Rolle spielen. Beide favorisieren Liz Truss, auch weil sie im Gegensatz zu Sunak Johnson bis zum Schluss treu blieb – was im restlichen Land als Schwäche gesehen wird, gilt in der Johnson-nahen Parteibasis der Hardcore-Brexiteers als Stärke.

Entsprechend huldigte die *Daily Mail*, mit rund 900 000 täglich gedruckten Exemplaren die mit Abstand größte britische Bezahlzeitung, am Sonntag auf mehreren Seiten Johnson, beklagte allen Ernstes die „undemokratische“ Verschwörung, die zu seinem Sturz geführt habe. Und listete angebliche Errungenschaften Johnsons auf, wobei nichts davon einem objektiven Faktencheck standhält. Sunak wiederum wurde in einer ziemlich großen Überschrift als „snake“ und „back-stabber“ bezeichnet, als Schlange und Königsmörder, der Johnson das Messer in den Rücken geramm habe. In dem Umfragen unter den rund 175 000 Tory-Mitgliedern ist das Bild entsprechend eindeutig, in einer aktuellen Yougov-Umfrage sprachen sich 62 Prozent der Mitglieder für Liz Truss aus.

Weil aber immer noch auch einige Mitglieder gerne Johnson zurückhätten und daher sogar drohen, für niemanden zu stimmen, druckte die *Daily Mail* nun einen Aufruf: Der Wunsch, Johnson zu behalten, sei verständlich. Aber die Mitglieder sollten lieber „zweimal nachdenken“, ehe sie gar nicht wählten. Denn das würde nur, Gott bewahre, die Chancen für Sunak erhöhen. MICHAEL NEUDECKER

Ein kleiner Shitstorm bei Twitter? Ach was, egal. Die Wählerinnen und Wähler in Liz Truss' Partei ficht das im Zweifel ohnehin nicht an. FOTO: REUTERS

Ein Land in Aufruhr

Im Sudan werden viele Konflikte auf einmal ausgetragen. Das Militär reagiert hart

Tunis – Anhänger der ehemaligen Regierungskoalition Sudans haben am Sonntag in der Hauptstadt Khartum ein Ende der zunehmenden Kämpfe zwischen ethnischen Gruppen gefordert. Auch in anderen sudanesischen Städten gingen Hunderte meist junge Menschen unter dem Motto „Eine Heimat Sudan“ auf die Straßen.

Der Marsch von Vertretern verschiedener ethnischer Gruppen ist auch eine Reaktion auf den brutalen Polizeieinsatz gegen Aktivisten der Ethnie der Hausa in der vergangenen Woche. Sicherheitskräfte hatten mit Tränengasgranaten in eine Gruppe von Menschenrechtsaktivisten geschossen und dabei viele Menschen verletzt. Die Hausa fordern von der Regierung, als eigene ethnische Gruppe und gleichberechtigte sudanesische Staatsbürger anerkannt zu werden.

Doch das ist nur einer von vielen Konflikten, die den Sudan derzeit in Aufruhr versetzen. Mitte Juli waren in der Provinz Blauer Nil bereits über 100 Menschen bei Unruhen zwischen Milizen der Hausa und des Volkes der Birta umgekommen. Die Kämpfe an der sudanesisch-äthiopischen Grenze hatten mit einem Streit um Land und Wasser in der zunehmend unter Dürren leidenden Region begonnen. Mehr als 17 000 Menschen mussten vor den schwer bewaffneten Streitkräften beider Seiten fliehen; die Spannungen dort breiteten sich schnell auf andere Landesteile aus.

In der Stadt Al Rahad in der Provinz Nord-Kordofan stürmte ein mit Messern bewaffneter Mob eine Polizeistation und griff Ladenbesitzer an, die man für Hausa aus der Region Blauer Nil hielt. In Port Sudan und Gedaref gingen wiederum junge Hausa-Milizen gegen andere ethnische Gruppen vor, berichten lokale Radiostationen. Die Auseinandersetzungen hielten mehrere Tage an.

Der Aufruhr sei ein Resultat mehrerer Krisen, sagt die Journalistin Zeinab Salih aus Khartum. „Nach dem Ende des Krieges gegen den Südsudan, dessen Abspaltung die Regierung in Khartum verhindern wollte, sind Tausende Kalaschnikows und Luftabwehrgeschütze in die Hände lokaler Milizen gefallen. Durch die seit Jahren andauernde Dürre stehen auch in wasserreichen

Die Bauern protestieren wegen der Dürre am Blauen und am Weißen Nil

Gebieten des Weißen und Blauen Nils immer weniger Ackerflächen zur Verfügung.“ Die seit dem Krieg gegen den Südsudan vertriebenen umherziehenden Hirtenfamilien sind mitsamt ihren Rindern auf der Suche nach Futterweiden, ähnlich wie in anderen Ländern der Region.

Demonstration in der sudanesischen Hauptstadt Khartum in der vergangenen Woche. Die Protestierenden verlangen ein Ende der Militärregierung. FOTO: AP/MARWAN ALI

Auch wenn die Zahl der Demonstranten im Vergleich zum Frühjahr aufgrund der massiven Polizeigewalt drastisch zurückgegangen sei, sieht Zeinab Salih in den ethnischen Spannungen eine ernste Gefahr für den Zusammenhalt der 45 Millionen Einwohner des Landes südlich von Ägypten. Nach Aussagen der Opposition schüre die nach einem Putsch amtierende Militärregierung die ethnischen Konflikte, um die eigene Macht zu festigen.

Die Volksgruppe der Hausa kämpft schon seit Jahrzehnten um Anerkennung

Andere Konflikte hingegen haben bereits eine lange Geschichte. So kämpfen die Hausa seit der britischen Kolonialzeit um ihre Anerkennung als eigenständige ethnische Gruppe. Im vergangenen Juni haben Politiker der überwiegend sunnitischen Volksgruppe immerhin eine jahrelange Forderung nach dem Status eines Emirates durchsetzen können. Der Gouverneur der Provinz Blauer Nil erkannte damit auch die Gerichtsbarkeit der religiösen Würdenträger der Hausa an – ein Schritt, der wieder andere Konflikte schürt. Gegen dieses Zugeständnis protestieren nun die traditionell am Nil tonangebenden Birta. Auf sozialen Medien riefen Birta-Aktivisten vor dem Ausbruch der Kämpfe dazu auf, den Hausa die sudanesische Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Der Streitigkeiten sind auch eine ernsthafte Gefahr für Gespräche über die politische Zukunft des Landes. Anfang Juni noch hatte der De-facto-Staatschef des Sudan, General Abdel Fattah al-Burhan, verkündet, der Zivilgesellschaft und politischen Akteuren die Verhandlungen zu einem Nationalen Dialog zu überlassen. An dem von den Vereinten Nationen unterstützten Prozess werde sich die Armee nicht beteiligen, versprach al-Burhan. Ein militärisches Gremium solle sich allein auf Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben konzentrieren. Damit schien ein unblutiger Weg hin zur Demokratie wieder in greifbarer Nähe zu sein. Doch Opposition und Zivilgesellschaft wurden schon einmal von der Militärjunta getäuscht.

Im Sommer 2019 war nach blutigen Straßenprotesten Alleinherrscher Umar al-Baschir aus dem Land gejagt worden. Er hatte den Sudan 30 Jahre beherrscht. Anschließend einigten sich Militär und Opposition auf eine Übergangsregierung, die Parlamentswahlen vorbereiten sollte. Doch statt sich im vergangenen Jahr wie angekündigt zurückzuziehen, putschte sich al Burhan im Oktober an die Macht. Bei den folgenden Massenproteste wurde Hunderte Menschen erschossen. Erst im Juli trauten sich die meist jungen Oppositionellen in Khartum wieder auf die Straße, sie forderten die Freilassung von politischen Gefangenen und eine zivile Regierung.

Das Militär hat derweil sogenannte schnelle Eingreiftruppen in die Unruhegebiete im Südosten des Landes geschickt. In den Städten Roseires und Al Damazin erließ der Gouverneur der Provinz Blauer Nil eine nächtliche Ausgangssperre, er verbot Versammlungen und Aufmärsche. Die Machthaber im benachbarten Äthiopien schauen besorgt auf diese Eskalation im Grenzgebiet, da Angehörige der Birta und Hausa auf beiden Seiten der Demarkationslinie leben. MIRCO KEILBERTH

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de